

Antrag

der Abg. Klubobmann Mag. Mayer, Mag. Scharfetter, Pfeifenberger und Ing. Wallner
betreffend die Strompreisbildung

Die aktuelle Teuerungswelle beschäftigt die heimische Politik enorm. Sowohl die Bundesregierung als auch die Salzburger Landesregierung unternehmen alles, um dieses Problem bestmöglich in den Griff zu bekommen. Die Bundesregierung hat bereits zwei Anti-Teuerungspakete mit einem Volumen von insgesamt € 4 Mrd. verabschiedet. Auch die Salzburger Landesregierung hat zusätzlich ein € 12 Mio. schweres Entlastungspaket für die Salzburgerinnen und Salzburger umgesetzt.

Einer der wesentlichsten Preistreiber sind die Kosten für Haushaltsenergie. Die Inflationsrate allein in diesem Bereich betrug im April 2022 durchschnittlich plus 28,8 %. Gerade deswegen ist es vor allem in diesem Bereich notwendig, die Preisbildung genauer zu hinterfragen. Die Preise für Strom beruhen auf dem sog. Merit-Order-Prinzip. Dieses Prinzip sorgt kurz gesagt dafür, dass das letzte und somit teuerste Kraftwerk, dessen Angebot bei einer Auktion angenommen wird, den Strompreis am Spotmarkt bestimmt. Somit bestimmt der letzte und in der Regel teuerste Anbieter, der in einer Auktion für die jeweilige Stunde zum Zug kommt, den Preis für alle anderen Anbieter. Wegen der aktuell sehr hohen Gaspreise sind das meist Gaskraftwerke.

Österreichs Stromerzeugung basiert zu einem überwiegenden Anteil auf Wasserkraft. Da sowohl der aus Wasserkraft erzeugte heimische Strom als auch jener aus Gas am selben Markt gehandelt werden, führt dies zwangsläufig zu einer Preissteigerung bei den Strompreisen in Österreich. Logischerweise trifft dies auf wenig Verständnis in der heimischen Bevölkerung. Es ist auch zwingend notwendig, dass man auf europäischer Ebene an dieser Stellschraube dreht und möglichst rasch eine Lösung findet, wie man von dieser Preisentwicklung betroffene Stromkunden durch eine Überarbeitung des Preisbildungssystems entlasten kann.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, sich auf Unionsebene für eine Anpassung des Systems der Strompreisbil-

zung einzusetzen, damit es bei erheblichen Preissteigerungen von aus fossilen Energieträgern erzeugtem Strom, insbesondere in Krisenzeiten (wie bspw. kriegerische Auseinandersetzungen oder Pandemien), nicht automatisch zu erheblichen Preissteigerungen bei Ökostrom kommt.

2. Die Präsidentin des Salzburger Landtages wird ersucht, den Beschluss des Salzburger Landtages den österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament und dem österreichischen EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn zur Kenntnis zu bringen.
3. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 1. Juni 2022

Mag. Mayer eh.

Mag. Scharfetter eh.

Pfeifenberger eh.

Ing. Wallner eh.